

## 1. Mai: Wir sind viele, wir sind eins

Es ist Zeit, zu zeigen: „Wir sind viele. Wir sind eins.“ Gemeinsam stehen GewerkschafterInnen für ihre Ziele ein – soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit und einen handlungsfähigen Staat.

In diesem Jahr ist vieles anders – die Welt hat sich verändert seit dem vergangenen „Tag der Arbeit“: der Brexit, die Wahl Trumps, Erfolge rechtspopulistischer Parteien und Terroranschläge in europäischen Städten. In dieser Situation machen der DGB und die Gewerkschaften mit dem diesjährigen Mai-Motto „Wir sind viele. Wir sind eins“ deutlich: Die Gewerkschaftsbewegung ist groß – allein in Deutschland über 6 Millionen Mitglieder – und sie steht für soziale Gerechtigkeit und eine weltoffene, solidarische Gesellschaft ein. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann betont: „Vielfalt und Einigkeit sind die Stärke der Gewerkschaften. Darauf basieren unsere bisherigen Erfolge, darauf setzen wir auch in Zukunft: Wir sind viele, wir sind eins, und wir demonstrieren gemeinsam für mehr soziale Gerechtigkeit, für bessere Arbeitsbedingungen, für ein Leben in Würde auch im Alter und gute Bildung für alle.“

GewerkschafterInnen engagieren sich jeden Tag für Demokratie, für Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und Weltoffenheit und geben Rechtspopulisten keinen Raum für ihre demokratie- oder gewerkschaftsfeindlichen Vorstellungen und Äußerungen. Nicht am 1. Mai und nicht an den anderen Tagen des Jahres. „Wir sind viele, wir sind eins!“ – die Gewerkschaften stehen auch für die europäische Idee. Die Europäische Union hat den Menschen wichtige soziale Errungenschaften beschert. Aber diese Union ist reformbedürftig. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind heute schlechter dran als vor dem Ausbruch der Finanzkrise 2009. Der Gewerkschaften fordern ein Ende des Sparkurses.

Im „Superwahljahr 2017“ zeigen die Gewerkschaften klare Kante: Im Mai stehen zwei Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen an sowie die entscheidende Runde der französischen Präsidentschafts-



**Gemeinsam demonstrieren die Gewerkschaften am 1. Mai für soziale Gerechtigkeit, für bessere Arbeitsbedingungen, für ein Leben in Würde auch im Alter und gute Bildung für alle.**

wahlen. Im September wird der Deutsche Bundestag neu gewählt. DGB und Gewerkschaften setzen sich ein für eine Politik, die den Staat wieder handlungsfähig macht.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet: Auf dem Arbeitsmarkt, bei der Rente, bei der Krankenversicherung und bei den Löhnen muss es wieder aufwärts gehen. Die Beschäftigten haben ein Recht auf anständige Löhne, auf unbefristete Arbeitsverträge, auf Absicherung und Weiterbildung in der Arbeitslosigkeit. Sie brauchen den Schutz von Tarifverträgen und mehr Mitbestimmung, gerade mit Blick auf Herausforderungen wie die Digitalisierung. Es braucht einen Kurswechsel zu einer starken gesetzlichen Rente. Das gesetzliche Rentenniveau muss in einem ersten Schritt stabilisiert und dann erhöht werden.

[www.dgb.de/erstermai2017](http://www.dgb.de/erstermai2017) Twitter: #1Mai2017

### Wenn die Arbeit ruft

Millionen Menschen in Deutschland arbeiten auf Abruf. Für viele bedeutet das ein Leben ohne finanzielle Sicherheit.

**SEITE 3**

### Immer mehr Pendler

Der DGB will Berufspendler besser schützen, denn der lange Weg zur Arbeit ist teuer und macht krank.

**SEITE 5**

### Keine einfachen Antworten

Die Gewerkschaften müssen Antworten auf die neue soziale Spaltung finden, schreibt Ernst Hillebrand von der FES.

**SEITE 7**



**Neben dem Hauptplakat gibt es drei weitere Mai-Motive: „Für soziale Gerechtigkeit“, „Für Rente, die reicht“ und „Für eine Integration, die klappt“.**

[www.dgb.de/erstermai2017](http://www.dgb.de/erstermai2017)



### EINBLICK IM INTERNET

Aktuelle News gibt es auf der einblick-Internetseite:  
[www.dgb.de/einblick](http://www.dgb.de/einblick)



### E-MAIL-NEWSLETTER

Anmeldung unter:  
[www.dgb.de/einblicknewsletter](http://www.dgb.de/einblicknewsletter)

## SOZIALWAHLEN 2017 GESTARTET: JETZT DGB-LISTEN WÄHLEN

Großes bewegen.

Sozialwahl 2017

DGB

Bis zum 31. Mai laufen die Sozialwahlen 2017. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften treten mit erfahrenen Kandidatinnen und Kandidaten zur Sozialwahl 2017 an, um die Interessen aller Versicherten zu vertreten. Die Sozialwahlen bilden das Kernstück der Demokratie in der Sozialversicherung. Im Mittelpunkt der Arbeit in der Selbstverwaltung stehen etwa die gerechte Verteilung der Kosten, gute Beratung und Bürgernähe, Arbeitsschutz, umfassende Reha-Maßnahmen, bezahlbare Gesundheitsversorgung und sichere Altersrenten.

Die Gewerkschaften werben um die Stimmen der Versicherten: „Wählen Sie die Listen des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Denn nur, wenn wir etwas dafür tun, hat der Sozialstaat Zukunft.“ Hintergrund: Alle sechs Jahre entscheiden die Versicherten der Sozialversicherungen, wer Ihre Interessen in der Selbstverwaltung der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Unfall-, und Rentenversicherung vertritt. Die Selbstverwaltungsgremien sind die wichtigsten Entscheidungsorgane und werden per Briefwahl gewählt. <http://sozialwahl.dgb.de>

### Bundestagswahlkampf

Mit fünf Themen-Flyern zeigt der DGB, worauf es aus Sicht der Gewerkschaften in den kommenden vier Jahren ankommt. Ab spätestens Mitte Mai können die Flyer im DGB-Bestellservice geordert werden. Die Schwerpunkte sind: Gute Bildung, Gute Arbeit (Tariffindung und Mitbestimmung), Investitionen (handlungsfähiger Staat), Wohnungsbau und Neue Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt.

[www.dgb-bestellservice.de](http://www.dgb-bestellservice.de)



### TELEGRAMM

Der **Armuts- und Reichtumsbericht** der Bundesregierung ist vom Kabinett beschlossen worden. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach fordert: „Es ist höchste Zeit zu handeln. Obwohl die Wirtschaft wächst, die Zahl der Beschäftigten steigt und die der Erwerbslosen sinkt, stagniert Armut auf hohem Niveau.“ Wer Armut bekämpfen will, müsse vordringlich drei Dinge tun: prekäre Arbeit zurückdrängen, Langzeiterwerbslosen eine Perspektive eröffnen und den sozialen Schutz bei Arbeitslosigkeit verbessern, so Buntenbach. [www.dgb.de/-/QPV](http://www.dgb.de/-/QPV)

Der Bundestag hat Ende März das **Lohntransparenz-Gesetz** verabschiedet. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack begrüßt dieses als ersten wichtigen Schritt hin zur geschlechtergerechten Bezahlung in den Betrieben. Das Gesetz habe jedoch Schwachstellen, die Union und Arbeitgeber zu verantworten hätten. So seien die Betriebe nicht verpflichtet, betriebliche Prüfverfahren anzuwenden und die Gehaltsstrukturen auf mögliche Diskriminierung zu durchleuchten. „Das aber käme einem Quantensprung auf dem Weg zur Lohngerechtigkeit gleich“, so Hannack. [www.dgb.de/-/BPi](http://www.dgb.de/-/BPi)

### GLOBALISIERUNG NEU DENKEN

Mit einer gemeinsamen Konferenz am 2. Mai in Berlin wollen DGB, IG Metall, Brot für die Welt, Forum Umwelt und Entwicklung, Greenpeace und Misereor die aktuelle Lage der globalisierten Welt unter die Lupe nehmen. So spitzen sich etwa soziale und ökologische Probleme zu. Nationalistische Bewegungen haben in vielen Ländern Zulauf. Die Globalisierungspolitik der letzten

Jahrzehnte steckt in einer Legitimationskrise. Ein Wandel in der globalen Wirtschaftspolitik ist dringend geboten. Unter dem Motto „Globalisierung in der Sackgasse – Visionen für den Neustart“ analysieren und diskutieren ExpertInnen Probleme und Lösungswege. Die Konferenz findet im Vorfeld des diesjährigen G20-Gipfels in Hamburg statt. [www.dgb.de/-/BNU](http://www.dgb.de/-/BNU)



### FLACHE HIERARCHIEN

Deutsche Industrieunternehmen brauchen im Vergleich mit US-Unternehmen viel weniger Vorgesetzte, um die Arbeit zu überwachen. Der Grund laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung: Mitbestimmung stärkt das Vertrauen zwischen Management und Belegschaft und führe zu weniger Kontrollbedarf durch den Arbeitgeber. Zudem Sorge ein solides Ausbildungssystem für qualifizierte Beschäftigte, die wenig Anleitung und Überwachung brauchen. Kündigungsschutz und Flächentarif erhöhen zudem die Mitarbeiterbindung. Führungspositionen könnten so mit erfahrenen Leuten besetzt werden. Für die Studie haben die ForscherInnen 22 Maschinenbauunternehmen in Deutschland, Großbritannien, der Schweiz und den USA verglichen.



### VOLKSLEIDEN SCHLAFSTÖRUNG

Immer mehr Menschen leiden unter Schlafstörungen. Seit 2010 ist der Anteil von Berufstätigen (35 bis 65 Jahre) mit Problemen beim Ein- und Durchschlafen um 66 Prozent angestiegen. Das zeigt der aktuelle DAK-Gesundheitsreport. Fast 80 Prozent der Befragten geben an, Schlafprobleme zu haben. Hochgerechnet auf die Bevölkerung sind das etwa 34 Millionen Menschen. Unter der schweren Schlafstörung Insomnie leidet jede/r zehnte ArbeitnehmerIn. Besonders alarmierend: Nur wenige Betroffene lassen sich ärztlich behandeln. Und nur eine Minderheit meldet sich beim Arbeitgeber krank. Im Vergleich zu 2010 schlucken heute fast doppelt so viele Erwerbstätige Schlafmittel. Jede/r Zweite mit Schlafproblemen kauft Schlafmittel ohne Rezept in der Apotheke oder Drogerie.

# Wenn die Arbeit ruft

Absolute Flexibilität: Millionen Menschen in Deutschland arbeiten auf Abruf. Viele von ihnen führen ein Leben ohne finanzielle Sicherheit. Im Gegensatz zu Leiharbeit, Befristungen und Minijobs wird diese Form der prekären Beschäftigung von Politik und Öffentlichkeit bisher wenig beachtet. Ändert sich das jetzt?



**In Restaurants und Gaststätten ist Arbeit auf Abruf besonders weit verbreitet.**

**K**lingt lustig, ist es aber nicht: „KAPOVAZ“. Die Abkürzung steht für kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit und bedeutet für die Beschäftigten: keine finanzielle Sicherheit, keine berufliche und private Planbarkeit und eine große Abhängigkeit vom Arbeitgeber. Auf bis zu 1,5 Millionen wird ihre Zahl in Deutschland inzwischen geschätzt. Die Kapovaz-Beschäftigten haben oft Verträge über wenige Stunden im Monat, arbeiten aber – je nach Bedarf – wesentlich mehr. Es wird erwartet, dass sie sich nach dem betrieblichen Bedarf richten, um kurzfristige Personalengpässe auszugleichen oder kranke Kolleginnen zu vertreten. Für die Unternehmen bedeutet das: größtmögliche Flexibilität bei geringem Risiko. Denn das Risiko liegt vollständig bei den ArbeitnehmerInnen. Für die Beschäftigten bedeutet das: Sie wissen oft nicht, wann und wie viele Stunden sie in den nächsten Wochen arbeiten werden und wie viel Geld sie am Ende des Monats auf dem Konto haben. Kommt man in einem Monat gut über die Runden, kann es im nächsten schon mager aussehen. „Das ist kein Job, von dem man sich oder eine Familie dauerhaft ernähren kann“, erklärt Sebastian Riesner von der NGG.

Rechtlich gesehen muss der Arbeitgeber die Beschäftigten vier Tage im Voraus über ihren Einsatz informieren. Doch dies trifft nicht einmal in einem Drittel der Fälle zu, das zeigt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Im Gegenteil: ein weiteres Drittel der Kapovaz-Beschäftigten wird erst am Einsatztag selbst angefragt. Das Problem ist: Die Beschäftigten wissen, wenn sie die angebotenen Stunden nicht wahrnehmen, werden sie beim nächsten Mal vielleicht übergangen. Der Arbeitgeber hat so ein ständiges Druckmittel in der Hand: „Wenn die nicht spüren, lässt der Arbeitgeber sie einfach hängen“, erklärt Riesner. So könne man die Beschäftigten einschüchtern – zum Beispiel auch, wenn sie auf die Idee kommen, für den Betriebsrat zu kandidieren, so Riesner.

Auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gilt für Kapovaz-Beschäftigte oft nicht: Der Arbeitgeber kann sie dadurch aushebeln, dass er erkrankte Beschäftigte an diesen Tagen nicht anfordert – keine Arbeitsstunden, keine Bezahlung. Riesner kennt das Problem aus zahlreichen Berliner Restaurants und Gaststätten. Seine Wahrnehmung ist: Die Beschäftigten wissen oft nicht, welchen Status sie haben. Erst, wenn sie nicht mehr eingesetzt werden oder es um Fragen wie Urlaubsanspruch und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall geht, fällt ihnen auf, dass etwas nicht stimmt. „Die Beschäftigten kommen erst zu uns, wenn es fast schon zu spät ist“, sagt er.

Zahlen des IAB zeigen, dass die Gefahr, auf Abruf tätig zu sein, in kleinen Betrieben und als Minijob-Beschäftigter höher ist. Hier gibt es oft keinen Betriebsrat, der gegen Arbeit auf Abruf vorgehen kann. Doch auch große Ketten versuchen, die Kosten für feste Arbeitskräfte zu reduzieren. Umfragen von ver.di unter Betriebsräten zeigen, dass bei der Bekleidungskette H&M inzwischen rund 52 Prozent der Beschäftigten auf flexibler Stundenbasis bzw. auf Jahresarbeitszeitbasis auf Abruf tätig sind, und nur noch 26 Prozent in regulärer Vollzeit. Cosimo-Damiano Quinto, ver.di-Bundesfachgruppensekretär für den Einzelhandel, kritisiert: „Innerhalb von 12 Jahren ist die Anzahl dieser Abrufkräfte enorm gestiegen. 2004 machten diese Beschäftigungsverhältnisse bei H&M 31 Prozent aus. Fast die Hälfte der Beschäftigten war damals noch in Vollzeit mit

festgelegten Arbeitszeiten beschäftigt. Heute bietet H&M überwiegend prekäre Arbeitsverhältnisse an, die direkt in die Altersarmut führen.“

Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel „Capital Catering“. Die Gastronomie-Tochter der Messe Berlin hatte bis zu 1000 temporäre Aushilfen beschäftigt, die – an bis zu 200 Tagen im Jahr – auf Abruf tätig waren. „Es handelte sich um ungeschützte Jobs, die Kolleginnen und Kollegen waren nicht durchgehend krankenversichert“, erzählt der Betriebsratsvorsitzende Thomas Jaegler. 2013 nahm der Betriebsrat Verhandlungen mit dem Arbeitgeber auf, die die NGG unterstützend begleitete. Schließlich wurde erreicht, dass den Aushilfsbeschäftigten feste Teilzeitverträge angeboten wurden. „Sie haben einen festen Verdienst und sind durchgehend versichert“, so Jaegler. Der Arbeitgeber „fand das erst nicht so super“, erzählt Jaegler. Heute sei das Unternehmen aber froh, in Zeiten des Fachkräftemangels feste MitarbeiterInnen zu haben.

Arbeit auf Abruf basiert auf Paragraph 12 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes. Darin ist geregelt, wann Beschäftigte ihre Arbeit entsprechend des betrieblichen Bedarfs zu erbringen haben. Das Problem könnte also dadurch gelöst werden, den entsprechenden Paragraphen zu streichen. Genau das haben sie in Österreich schon getan: Dort ist die „Arbeit auf Abruf“ inzwischen verboten. [www.dgb.de/-/Bzd](http://www.dgb.de/-/Bzd)

## Allzeit bereit

Anteil der Beschäftigten in Arbeit auf Abruf nach Branchen (in Prozent)



Quelle: IAB 2016

## Gesundheitliche Auswirkungen



Quelle: BAuA 2016

**Arbeit auf Abruf macht krank. Kapovaz-Beschäftigte leiden häufiger unter gesundheitlichen Beschwerden als andere ArbeitnehmerInnen.**

## MASTER: JETZT BEWERBEN!

Bachelor-AbsolventInnen – mit Engagement im gewerkschaftlichen oder sozialen Bereich – können sich ab sofort für den Master „Labour Policies and Globalisation“ an der Global Labour University (GLU) bewerben. Der Studiengang wird von der Universität Kassel, der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und der University of the Witwatersrand in Südafrika angeboten. Die GLU ist ein Netzwerk von Universitäten, Gewerkschaften und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Bewerbungsfrist für das Wintersemester 2017/2018 ist am 15. September.

[www.global-labour-university.org](http://www.global-labour-university.org)

## AUGEN AUF DIE STRASSE!

Mal eben eine Nachricht tippen und dabei über die Straße schlendern. Den Bus? Nicht gesehen! Der gewerkschaftsnahe Auto Club Europa (ACE) macht mit seiner Aktion „Finger weg!“ darauf aufmerksam, dass immer mehr Fußgänger und Fahrradfahrer von Smartphones abgelenkt sind. Diese Unaufmerksamkeit führt vermehrt zu Unfällen. Dabei ist das Verhalten der „Smombies“ – einer Kombination von Smartphone und Zombie – vor allem für sie selbst gefährlich. Zu Fuß und auf dem Rad sind sie die schwächsten VerkehrsteilnehmerInnen. Multitasking sei ein gefährlicher Mythos, warnt Bruno Merz vom ACE, niemand könne gleichzeitig das Handy checken und auf den Verkehr achten. Laut ACE ist etwa jeder sechste Fußgänger durchs Handy abgelenkt. Die Beobachtungen gehen im Rahmen der aktuellen Aktion weiter. Die Ergebnisse fließen in eine bundesweite Studie ein, die im Herbst veröffentlicht wird. Der ACE wurde 1965 von Gewerkschaften im DGB gegründet. Mit mehr als 620 000 Mitgliedern ist er der zweitgrößte Autoclub in Deutschland. [www.ace.de](http://www.ace.de)



## „Hey Chef! Warum ist das so?“

Lohndiskriminierung, Teilzeitalte und wenige Top-Jobs: Arbeit ist nicht gleich Arbeit. Frauen sind in vielen Bereichen der Arbeitswelt immer noch schlechter gestellt als Männer. Über ihre Erfahrungen beim Thema Gleichstellung und Arbeitswelt hat der Journalist Jörg Meyer mit zahlreichen prominenten Frauen aus Gewerkschaften und Politik gesprochen – darunter DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach, die Zweite Vorsitzende der IG Metall Christiane Benner und die stellvertretende Vorsitzende der IG BCE Edeltraud Glänzer. Diese Gespräche veröffentlicht Meyer nun unter dem Titel „Arbeiten & Feminismus“. Sie kreisen um die Frage: „Wie kann Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden?“ Einig sind sich die Interviewten, dass über Ungleichheit endlich gesprochen werden muss. Damit der Chef eine Antwort auf die Frage geben muss: „Warum ist das eigentlich so?“

Jörg Meyer (Hrsg.): *Arbeiten & Feminismus, Gespräche mit Christiane Benner, Monika Brandl, Annelie Buntenbach, Edeltraud Glänzer, Elke Gündner-Ede, Ulrike Laux, Michaela Rosenberger, Marlis Tepe, Nachwort von Christina Klenner.* VSA Verlag Hamburg 2017, 120 Seiten, 11 Euro.



## NIMMT UNS IRGENDWER DIE ARBEITSPLÄTZE WEG?

Nein. Die DGB-Jugend bietet Fakten und Argumentationshilfen gegen Vorurteile zu Geflüchteten. Mit den aufwändig gestalteten „Argumentationskarten *Flucht und Asyl*“ nimmt die DGB-Jugend die gängigsten Vorurteile auf und entkräftet sie. [www.jugend.dgb.de/-laGj](http://www.jugend.dgb.de/-laGj)

DREI FRAGEN AN



## FRANK HOFFMANN

**Mit dem Motto „Kopfüber Weltunter“ greifen die Ruhrfestspiele 2017 die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Umbrüche auf. Wie politisch sind die Festspiele?**

Die Ruhrfestspiele sind von ihrer Geschichte her gesellschaftspolitisch orientiert. Aber es stimmt, das Festival ist viel politischer als vor ein paar Jahren. Letztes Jahr ist es uns mit dem Motto „Mare nostrum“ – Mittelmeer – gelungen, aktiv das politische Geschehen zu reflektieren und dabei großartige Stücke zu zeigen. Mir war klar: Dieses Jahr können wir nicht dahinter zurück. Wir können vielleicht nicht auf alles Antworten geben, aber die richtigen Fragen stellen.

**Was können die Ruhrfestspiele in dieser Situation denn bewegen?**

Wir schauen in dieser Spielzeit auf Umbrüche wie die Reformation, die Französische Revolution, die Industrialisierung und die Russische Revolution. Da kann man sehen, dass es auch immer Veränderungen zum Positiven gegeben hat. Es liegt an uns, was wir aus solchen Situationen machen. Unsere Aufgabe ist es, zu sagen ‚Leute, es gibt auch Chancen‘. Wir wollen den Menschen Mut machen.

**Wie siehst Du die Verbindung von Gewerkschaften und Theater bei den Ruhrfestspielen?**

Diese Verbindung ist außergewöhnlich und sehr selten – wenn nicht einzigartig – in Europa. Es liegt in der Geschichte der deutschen Gewerkschaften, dass sie nicht nur die Rechte der Arbeiter und Arbeitnehmer schützen, sondern den Menschen auch etwas geben wollen. Sie nehmen ihren Bildungsauftrag, und das ist vielleicht der wichtigste Auftrag, ernst. Es geht darum, positiv zu agieren und nicht immer nur das Schlimmste zu verhindern.

**DR. FRANK HOFFMANN, 63, ist seit 2004 Festspielleiter der Ruhrfestspiele Recklinghausen, deren Gesellschafter der DGB ist. Seinen Abschied von den Ruhrfestspielen hat der preisgekrönte Theaterregisseur für 2018 angekündigt. Die Ruhrfestspiele sind das älteste Theaterfestival Europas. Sie fanden zum ersten Mal 1947 statt – vor 70 Jahren. Damals bedankten sich Hamburger SchauspielerInnen mit Aufführungen für die Solidarität der Bergleute, die im Winter zuvor Kohle zum Heizen der Theater an die Elbe geschickt hatten.**

[www.ruhrfestspiele.de](http://www.ruhrfestspiele.de)

# Berufspendler: Wenn der Arbeitsweg krank macht

Wer täglich zum Arbeitsplatz pendelt, muss viel Geld investieren in ein Auto oder Bahntickets. Zudem riskieren Berufspendler auf Dauer ihre Gesundheit. Trotzdem steigt der Anteil von Beschäftigten, die täglich zur Arbeit fahren. DGB und Auto Club Europa (ACE) wollen sie besser unterstützen.

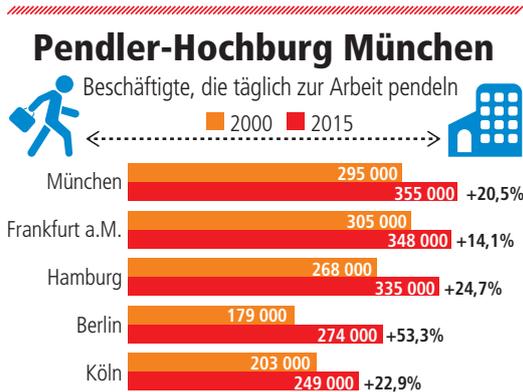
Tägliches Pendeln zur Arbeit ist auf Dauer ungesund. Wer täglich länger als 45 Minuten pro Weg mit dem Auto oder öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs ist, riskiert seine Gesundheit. Unter anderem können psychische Erkrankungen die Folge sein. Als besonders belastend erweist sich das Pendeln mit dem Auto, wie die Ökonomin Annemarie Künn-Nelen von der Universität Maastricht feststellt. So beeinträchtigt Autofahren nicht nur die Zufriedenheit, sondern geht auch noch mit einem signifikant erhöhten Body-Mass-Index einher. Durch Mehrfachbelastungen in Job und Familie wirkt sich langes Pendeln bei Frauen auf die tägliche Bewegung und die Zahl der Krankmeldungen aus.

Eine aktuelle Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung zeigt, dass der Anteil der PendlerInnen von 53 auf 60 Prozent in den vergangenen 15 Jahren gestiegen ist. Vor allem in den Metropolregionen sind täglich Millionen von Menschen unterwegs. 350 000 Menschen fahren allein im Großraum München jeden Tag zur Arbeit. Ein Grund für den Wandel ist die Zunahme von befristeten Verträgen, stellt Künn-Nelen fest. Auch der Strukturwandel in den Unternehmen fordert mehr Mobilität von den ArbeitnehmerInnen – etwa wenn Betriebsteile verlegt werden.

DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell warnt: „Die Arbeiterbewegung hat nicht 150 Jahre für eine Verkürzung der Arbeitszeit gekämpft, damit wir heute mehr Zeit für den Weg zur Arbeit aufbringen.“ Der DGB will die Beschäftigten deshalb unter anderem finanziell stärker entlasten. Denn neben den körperlichen und mentalen Strapazen geht der weite Weg zum Arbeitsplatz ins Geld. 2004 ist die Pendlerpauschale von 36 Cent für die ersten zehn und 40 Cent für jeden weiteren Kilometer auf einheitlich nur noch 30 Cent gekürzt worden. Besonders für FernpendlerInnen bedeutete das herbe finanzielle Verluste, rechnet der DGB in einer Analyse vor.

Die Gewerkschaften wollen die Pendlerpauschale deshalb wieder anheben und zu einem Mobilitätsgeld umwandeln. Der DGB will erreichen, dass der Steuervorteil einkommensunabhängig wirkt. Nach dem neuen Modell könnte dann ein/e PendlerIn mit Durchschnittseinkommen bei einer einfachen Wegstrecke von 33 Kilometern um rund 200 Euro im Jahr entlastet werden.

Zudem spielt die Wohnungsbaupolitik eine entscheidende Rolle. Die hohen Mieten in Ballungsräumen sind ein weiterer Grund für die steigende Zahl der PendlerInnen. Deshalb fordert der DGB die Politik auf, jährlich rund 450 000 bezahlbare Wohnungen zu bauen. Hier gelte es, die Anreize etwa durch bessere Abschreibungs-



**Immer mehr Pendler: Die Entwicklung wird auch durch die steigenden Mieten in den großen Städten forciert – allen voran in München. In Berlin ist der Anteil der PendlerInnen um 50 Prozent gestiegen.**

sätze zu vereinfachen. Weitere 100 000 Wohnungen sollen zudem als Ersatz für Wohnraum dienen, der aus der Sozialbindung gefallen ist.

Um die Millionen PendlerInnen ganz praktisch im Alltag zu unterstützen, hat der ACE das Projekt „Gute Wege“ gestartet. Unter anderem bietet der Autoclub ein betriebliches Mobilitätsmanagement an. Der ACE hilft Unternehmen dabei, das Mobilitätsverhalten der Beschäftigten zu analysieren und darauf aufbauend Lösungen zu konzipieren. So kann sich der Betrieb im Anschluss beispielsweise mit Kommunen und Verkehrsunternehmen und -verbänden zusammensetzen, um die Fahrpläne im öffentlichen Verkehr und die Schichtzeiten im Betrieb besser in Einklang zu bringen. Häufig können Arbeitgeber auch profitieren, wenn Dienstfahräder für Beschäftigte geleast werden. Die ArbeitnehmerInnen sparen Geld für Sprit oder Tickets, der Arbeitgeber kann Parkplätze anderweitig nutzen oder vermieten. Ein weiteres Mittel, um Beschäftigte auf ihrem Weg zur Arbeit zu entlasten, ist die Einführung eines vergünstigten Jobtickets. Der ACE hat auch hierzu umfangreiche Infos für Arbeitgeber, Betriebsräte und Beschäftigte zusammengestellt. Zudem hält der ACE auf seiner Homepage eine gute Übersicht zu gängigen Mobilitäts-Apps (siehe rechts) bereit.



Mehr zum Thema:  
[www.dgb.de/-/BID](http://www.dgb.de/-/BID)

## DER DGB FORDERT

- Pendlerpauschale anheben und gerechter gestalten
- Standortverlagerungen von Unternehmen nicht ohne Beschäftigte und Betriebsräte beschließen
- Jährlich 450 000 neue, bezahlbare Wohnungen bauen
- Zusätzliche 100 000 neue Wohnungen pro Jahr bauen, um Wegfall von sozialem Wohnraum zu kompensieren
- Fairer Länderfinanzausgleich, um strukturschwache Regionen besser zu fördern

Quelle: DGB-klartext 14/2017  
[www.dgb.de/-/BuL](http://www.dgb.de/-/BuL)



## APPS FÜR VIELFAHRERINNEN



### Ally App

Die App zeigt neben öffentlichen Verkehrsmitteln auch lokale Carsharing-Angebote, sowie Leih-Fahrräder an. Die App funktioniert in ca. 100 Städten weltweit u.a. in Berlin, München, Hamburg und Köln.



### Moovel

Die App von Daimler kombiniert verschiedene Verkehrsmittel wie die Bahn, den öffentlichen Nahverkehr, Carsharing-Fahrzeuge von Car2Go und Flinkster, Mietfahräder und Taxis. NutzerInnen sehen die Fahrpreise und können Tickets buchen.



### Qixit

Qixit berechnet sowohl Nah- als auch Fernstrecken. Neben Bus, Bahn und Flugzeug berücksichtigt die App der Deutschen Bahn auch Car- und Bikesharing, Mietwagen- und Taxiangebote, private Fahrzeuge, Fahrräder und Mitfahrgelegenheiten. Tickets können gebucht werden.

Quelle: ACE 2017

## WIE MEDIEN ÜBER TARIFKONFLIKTE BERICHTEN

Bei Tarifkonflikten, die in der Öffentlichkeit spürbar sind, vermitteln etliche Zeitungen den Eindruck, dass die öffentliche Ordnung gestört wird. Zudem bewerten viele JournalistInnen die Angebote der Arbeitgeberseite tendenziell wohlwollender als die Forderungen der Gewerkschaften. Zu diesen Schlüssen kommt eine aktuelle Studie im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung.

Die KommunikationswissenschaftlerInnen Christina Köhler und Pablo Jost stellen fest, dass sich Medien vor allem auf solche Tarifkonflikte konzentrieren, die für viele Menschen im Alltag eine Rolle spielen, etwa bei den Kita-, Post- oder Pilotenstreiks. „Ist das der Fall, wird kontrovers diskutiert und problematisiert“, so die AutorInnen. In der Berichterstattung werde zudem der Eindruck erweckt, es sei Angelegenheit der Gewerkschaften, den Streit beizulegen. Insgesamt stellen die ForscherInnen fest, dass die Medien ein „sehr konfliktträchtiges und kritisches Bild“ der Tarifpolitik zeichnen.

Vor allem die Konzentration auf Warnstreiks und Streiks vermittelt den Eindruck, die öffentliche Ordnung würde gestört. „Dies könnte für beide Tarifakteure Konsequenzen haben, sind sie doch auf öffentliche Unterstützung angewiesen, wenn es etwa darum geht, Arbeitnehmer zum Streik zu mobilisieren oder rückläufige Mitgliederzahlen bei Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften einzudämmen“, so Köhler und Jost. Allerdings stellt die Studie auch fest: Weder Arbeitgeber noch die Gewerkschaften schaffen es, die Massenmedien komplett für sich zu vereinnahmen. Download der Studie:

[www.bit.ly/obs\\_streik\\_medien](http://www.bit.ly/obs_streik_medien)

### Feindbild Gewerkschaft?

Anteil von Beiträgen über Tarifkonflikte, in denen die Akteure negativ bewertet werden (in Prozent)



Quelle: Otto-Brenner-Stiftung 2017

**Nur die dpa vermittelt ein annähernd ausgewogenes Bild der Tarifparteien.**

## IG BCE PRÄSENTIERT KANDIDATEN

Die IG BCE hat Wahlvorschläge für das neue Führungsteam im geschäftsführenden Hauptvorstand vorgestellt. Als Vorsitzender der IG BCE wird erneut **Michael Vassiliadis**, 53, kandidieren, als stellvertretende Vorsitzende **Edeltraud Glänzer**, 61. Für die weiteren Mandate im geschäftsführenden Hauptvorstand stellen sich zudem **Ralf Sikorski**, 55, und **Petra Reinbold-Knape**, 57, zur Wahl. Als fünftes Mitglied des Gremiums kandidiert erstmals **Francesco Grioli**, 44, derzeit Leiter des Landesbezirks Rheinland-Pfalz/Saarland. Peter Hausmann, der über acht Jahre die Tarifpolitik der IG BCE bestimmt hat, tritt altersbedingt nicht mehr an. Vom 8. bis 13. Oktober stellen dann die rund 400 Delegierten des IG BCE-Gewerkschaftskongresses die Weichen für die kommenden Jahre.



## Ticker

### NGG-Magazin im neuen Gewand

**NGG** Die *einigkeit* – das Mitgliedermagazin der NGG – erscheint ab sofort im neuen Gewand. NGG-Mitglieder bekommen die Printausgabe des Mitgliedermagazins weiterhin kostenlos per Post zugeschickt. Alle anderen können die *einigkeit*-App für Android und Apple nutzen. Zudem gibt es das Magazin im e-Reader-Format. [www.bit.ly/ngg\\_einigkeit](http://www.bit.ly/ngg_einigkeit)

### Einsatz für EU-Aufsichtsbehörde

**IG BCE** Die IG BCE fordert die Bundesregierung auf, sich für die Ansiedlung der europäischen Arzneimittelaufsichtsbehörde (EMA) in Deutschland einzusetzen. „Als hochentwickelter und international vernetzter Standort deckt die deutsche Pharmaindustrie die komplette Wertschöpfungskette ab“, sagte Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE. Die zentrale Lage in Europa und die breit ausgebaute Infrastruktur seien weitere Pluspunkte.

### Hochschulen: Portal zeigt Ausmaß von Befristung

**GEW** Mit der Webseite [kodex-check.de](http://kodex-check.de) zeigt die GEW, wie hoch der Anteil befristeter Beschäftigter an den 82 staatlichen Hochschulen in Deutschland ist. Das Angebot bietet WissenschaftlerInnen eine erste Orientierung zur Personalpolitik an deutschen Unis und Fachhochschulen. Die Zahlen basieren auf einer Studie der Humboldt-Universität im Auftrag der GEW. [www.kodex-check.de](http://www.kodex-check.de)

### Bodenverkehrsdienste: Mehr Geld für Beschäftigte

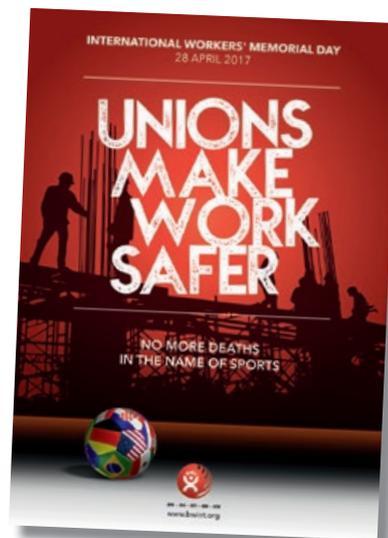
**ver.di** Die Beschäftigten in den Bodenverkehrsdiensten an den Berliner Flughäfen Tegel und Schönefeld bekommen mehr Geld (s. einblick April 2017). Darauf hat sich ver.di mit den Arbeitgebern geeinigt. In vier Schritten werden die Stundenlöhne im Volumen von etwa 14 Prozent erhöht. In einigen Vergütungsgruppen steigen die Bezüge bis 2019 um 1,90 Euro.

## ALARM AUF RUSSISCHEN WM-BAUSTELLEN

Auf den Stadion-Baustellen für die Fußball-WM in Russland 2018 verstoßen Subunternehmern offenbar „anhaltend und ernsthaft“ gegen Gesundheits- und Sicherheitsstandards. Die Internationale Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter (BWI) hat in den vergangenen Monaten die Baustelle des Stadions in Sankt Petersburg zweimal inspiziert – gemeinsam mit der Fifa. Dabei sei festgestellt worden, dass die Bauarbeiter ohne Sicherheits-Equipment tätig waren und etwa Baugerüste nicht gesichert waren. Arbeiter haben sich laut FAZ auch über Ausbeutung beschwert, Löhne wurden regelmäßig nicht oder zu spät gezahlt. Zudem soll es mindestens 15 schwere Unfälle mit Todesfolge gegeben haben. Betroffen sind vor allem Arbeiter aus den zentralasiatischen Republiken. Die IG BAU kritisiert die miserablen Arbeitsbedingungen und fordert von der Fifa mehr Einsatz, um die Beschäftigten zu schützen. Es sei zu begrüßen, dass die Fifa ihre Philosophie mit Blick auf die Arbeitsbedingungen in den Stadien geändert hat, nun gelte es internationale Arbeitsrechtsstandards durchzusetzen.

Um die Rechte von Bauarbeitern in Europa zu stärken, hat die europäische Vereinigung der Bau- und Holzarbeiter eine Webseite mit Tarifinformationen in allen europäischen Ländern veröffentlicht. Beschäftigte können sich nun in 24 Sprachen informieren, welche Bedingungen für sie vor Ort gelten.

[www.constructionworkers.eu](http://www.constructionworkers.eu)



**Am Workers' Memorial Day, am 28. April, erinnert die BHI, der die IG BAU angehört, an die ArbeiterInnen, die auf Sportbaustellen ums Leben gekommen sind.**

# Keine einfachen Antworten

Wie können die Gewerkschaften auf die sich wandelnden politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen reagieren? Sie müssen konkrete Antworten auf die neue soziale Spaltung finden, schreibt Ernst Hillebrand, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rom. Ein Durchmogeln sei nicht länger möglich.

**D**ie westlichen Gesellschaften sind politisch geteilt: Der wachsende Gegensatz zwischen globalisierungs- und europäisierungsbegeisterten „Kosmopoliten“ und den eher auf den Nationalstaat orientierten „Kommunitaristen“. Die einen sind wohlhabender, besser ausgebildet, sozial abgesicherter, finden Einwanderung „spannend“, freuen sich über Multikulti und schicken ihre Kinder ins Erasmus-Jahr. Die anderen kommen stärker aus einkommensärmeren und sozial schwächeren Milieus und sehen sich durch Migration und Globalisierung unter Lohn-, Arbeitsplatz- und Ressourcenwettbewerb gesetzt. Diese Spaltung geht mitten durch die Gesellschaft, aber auch mitten durch die etablierten Parteien und Organisationen der westlichen Nachkriegsdemokratien.

## Die Spaltung geht mitten durch die Gesellschaft

Der politische Raum strukturiert sich neu, alte ideologische Kraftfelder und Erklärungsmuster verlieren an Bedeutung, neue entstehen. Die soziale Dimension ist damit nicht verschwunden, sie artikuliert sich aber anders: Weniger „Linke versus Rechte“, mehr: „Die da oben“ gegen „Wir da unten“.

Dieser Trend stellt auch die Gewerkschaften vor Herausforderungen. Diese verstehen sich politisch oft als Organisationen, die „links“ von den etablierten Parteien der linken Mitte stehen. Paradoxiere Weise stehen sie programmatisch in den Kernfragen der neuen sozialen Spaltung zwischen Oben und Unten den Positionen der Besitzeliten näher als denen des Proletariats: Sie sind kosmopolitisch und pro-europäisch, migrationsfreundlich und gegen den Protektionismus der rechtspopulistischen Bewegungen.

Die Gretchenfrage ist, wie die politischen Bewegungen der linken Mitte, aber auch die Gewerkschaften mit der Neuausrichtung der politischen Gefechtslage umgehen sollen. Ein Durchmogeln, so wie tendenziell in den vergangenen Jahren versucht, wird auf Dauer nicht möglich sein, auch weil die Migrationsfrage nicht an Dynamik und Relevanz verlieren wird. Im Gegenteil: Die Frage der Steuerung eines enormen Einwanderungswunsches nach Europa droht zu einem der zentralen politischen Themen der kommenden Jahrzehnte zu werden.

Für die Gewerkschaften ist diese Herausforderung vielleicht sogar noch schwerer zu lösen als für die Parteien der linken Mitte. Diese können schlicht die einfache Arbeiterschaft als Elektorat aufgeben, und den Weg Emmanuel Macrons in Frankreich gehen: Als Parteien eines urbanen Mittelschichtsmilieus, des öffentlichen Dienstes und Wählern mit Migrationshintergrund, die den konservativen Parteien nicht trauen. Diese Parteien werden kleiner sein als heute, aber ihre Geschäftsgrundlage steht nicht in Frage.

Was machen aber Gewerkschaften? Wie managen sie den Gegensatz zwischen dem Weltbild eines „kommunitaristisch“ gesinnten Teils der Arbeitnehmerschaft und dem „kosmopolitischen“ Weltbild der Funktionärs- und Führungsebene? Es wäre interessant zu analysieren, ob der Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades in vielen Ländern auch mit diesem Problem zu tun hat. Auch hier ist zu erwarten, dass das Thema Mobilität und Zuwanderung eins der großen Themen der nächsten Jahre wird. Zuwanderung hat unmittelbare Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit, weil sie das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt verändert.

Der Wirtschaftswissenschaftler Joseph Stiglitz schreibt in diesem Zusammenhang zu den Folgen der Flüchtlingskrise: „Die Arbeiter tragen die Kosten durch niedrigere Löhne und eine höhere Arbeitslosigkeit, während die Großunternehmen sich über die Vorteile billiger Arbeitskraft freuen können. Die Kosten tragen die, die die schwächsten Schultern haben.“ Das sind Positionen, die in wenigen linken oder gewerkschaftlichen Organisationen Europas so formuliert werden würden. Aber es ist zu vermuten, dass ein nicht ganz unerheblicher Teil der Arbeitnehmerschaft diese Interpretation teilt.

Einfache Antworten gibt es hier nicht und der Autor fühlt sich als praxisferner „paper pusher“ völlig ungeeignet, Ratschläge zu erteilen. Erlaubt sei lediglich ein Hinweis auf die Gedanken eines der großen linken Denker des 20. Jahrhunderts, Antonio Gramsci. Viele seiner Überlegungen kreisten um die Frage, wie linke Ideologie und linkes Denken gesellschaftlich eine führende Rolle spielen können. Eine Bedingung, so Gramsci, ist dass die „Philosophie“ der Eliten nicht völlig entkoppelt ist von dem „Alltagsverstand“ (senso comune) der Masse der Bevölkerung, sondern eine organische Verbindung zwischen beiden besteht. Was wir im Moment in der westlichen Welt erleben, ist das Gegenteil davon: Ein Prozess der zunehmenden Entkopplung der kosmopolitischen Philosophie der Eliten von dem „senso comune“ der einfachen Leute. Der empirisch beobachtbare Rückgang der Vertrauenswerte für die Eliten und ihre Institutionen ist Ausdruck dieser Entwicklung. Die gesellschaftliche Linke – in alle ihren Ausprägungen – muss sich klar fragen, wie sie sich positionieren will, damit sie nicht zwischen einem Entgrenzungs-Liberalismus der Eliten und einem Neo-Nationalismus populistischer Bewegungen klein gerieben wird.

**Langfassung des Beitrags im Netz**  
[www.gegenblende.dgb.de/-/B3t](http://www.gegenblende.dgb.de/-/B3t)



**DR. ERNST HILLEBRAND,**

57, ist Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rom. Nach seinem Studium der Politikwissenschaften ist er seit 1990 in verschiedenen Funktionen für die Stiftung tätig, unter anderem als Referatsleiter der Internationalen Politikanalyse, des Referats für Mittel- und Osteuropa sowie als Leiter der Büros in Paris und London.

## DEMOKRATISCH UND WELTOFFEN

Demokratie lebt vom Mitmachen und von der Vielfalt. In Deutschland leben Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion zusammen und tragen ihren Teil zum gemeinsamen Miteinander bei. Auf dem **Demokratiekongress der Allianz für Weltoffenheit**, die der DGB initiiert hat, diskutieren am 4. Mai in Köln VertreterInnen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Religionsgemeinschaften, was diese demokratische und weltoffene Gesellschaft zusammenhält. Darüber hinaus gibt es ein Barcamp, bei dem Teilnehmenden in Arbeitsgruppen miteinander neue Ideen entwickeln können. Auf dem „Markt der Möglichkeiten“ stellen Initiativen und Projekte den ganzen Tag ihre Beispiele Guter Praxis vor. Interessierte können sich bei der Bundeszentrale für politische Bildung für die Konferenz anmelden.

Der DGB hat die Allianz für Weltoffenheit im Februar 2016 ins Leben gerufen, um ein Zeichen für demokratische Grundwerte und gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie gegen Hass und Intoleranz zu setzen. Der Allianz gehören neun große zivilgesellschaftliche Verbände und Religionsgemeinschaften an, weitere 142 Organisationen und Verbände haben sich dem Aufruf für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat angeschlossen.

[www.allianz-fuer-weltoffenheit.de](http://www.allianz-fuer-weltoffenheit.de)  
Anmeldung:

[www.bpb.de/demokratiekongress](http://www.bpb.de/demokratiekongress)



„Der Betriebsrat ist das Controlling fürs Soziale.“



Maxime des am 31. März verstorbenen Vorsitzenden der Deutschen Journalistinnen und Journalisten-Union in ver.di und langjährigen Betriebsratsvorsitzenden der Nordwest-Zeitung Ulrich Janßen.



## Personalia

### DANIEL HAUFLER

55, ist ab dem 1. Mai neuer politischer Referent in der Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit beim DGB-Bundesvorstand. Künftig ist er für das DGB-Debattenportal Gegenblende zuständig. Der gelernte Verlagskaufmann und studierte

Sozialwissenschaftler war als freier Journalist tätig, bevor er als Redakteur zum DeutschlandRadio Kultur wechselte. Von 1999 bis 2008 war er Meinungsredakteur bei der *taz.die tageszeitung*, danach bei der *Berliner Zeitung*.



## Das steht an ...

### 1. Mai

„Wir sind viele. Wir sind eins.“ lautet das Motto zum **Tag der Arbeit**. Die zentrale DGB-Kundgebung mit dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann findet in Gelsenkirchen statt.

[www.dgb.de/erstermai2017](http://www.dgb.de/erstermai2017)

### 1. Mai - 19. Juni

Unter dem Motto „Kopfüber Weltunter“ finden zum 71. Mal die **Ruhrfestspiele Recklinghausen** statt (s. Seite 4). [www.ruhrfestspiele.de](http://www.ruhrfestspiele.de)

### 2. Mai

**Gemeinsame Konferenz** von DGB, Brot für die Welt, Forum Umwelt und Entwicklung, Greenpeace, IG Metall und Misereor zum Thema „Globalisierung in der Sackgasse – Visionen für den Neustart“ in Berlin. [www.dgb.de/-/BHG](http://www.dgb.de/-/BHG)

### 4. Mai

**Kongress** der Allianz für Weltoffenheit unter dem Motto „Gemeinsam für gelebte Demokratie“ in Köln. [www.dgb.de/-/QCO](http://www.dgb.de/-/QCO)

### 4. Mai

Vor dem Europäischen Gerichtshof wird der Generalanwalt die Schlussanträge zur Klage eines Kleinaktionärs beim Reisekonzern TUI gegen die deutsche **Unternehmensmitbestimmung** einreichen. Das Urteil erfolgt voraussichtlich im Herbst. [www.dgb.de/-/Qw9](http://www.dgb.de/-/Qw9)

### 6. - 10. Mai

„Bildung. Weiter denken!“ lautet das Motto des **28. Gewerkschaftstages der GEW**, der in Freiburg stattfindet.

[www.gew.de/28-gewerkschaftstag/](http://www.gew.de/28-gewerkschaftstag/)

### 7. Mai

**Landtagswahl Schleswig-Holstein**

### 7. Mai

**Stichwahl der französischen Präsidentschaftswahl 2017**

### 14. Mai

**Landtagswahl Nordrhein-Westfalen**

### 16./ 17. Mai

Auf dem **L20-Gewerkschaftsgipfel** in Berlin trifft Bundeskanzlerin Angela Merkel zum L20-Dialogforum die GewerkschaftsvertreterInnen der G20-Länder. Das Treffen findet im Vorfeld des G20-Gipfels im Juli in Hamburg statt.

### 31. Mai

**DGB-Aktionstag Rentenkampagne**

[www.rente-muss-reichen.de](http://www.rente-muss-reichen.de)

### 31. Mai

Wahltag der **Sozialwahl 2017**

[www.dgb.de/sozialwahl](http://www.dgb.de/sozialwahl)

## Fundsache

### REGISTER FÜR SCHWARZE SCHAFE

Mit einem zentralen Wettbewerbsregister sollen kriminelle Unternehmen künftig von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden. Das Bundeswirtschaftsministerium will so gegen Wirtschaftskriminalität und Korruption vorgehen. Ehrliche Arbeit müsse sich lohnen, sagte Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD). Explizit geht es um Unternehmen, die Steuern hinterziehen, Löhne prellen, den gesetzlichen Mindestlohn unterlaufen oder Terror finanzieren.



Eingetragen werden rechtskräftige Verurteilungen und „bestandskräftige Bußgeldentscheidungen“. „Damit schließen wir die ‚schwarzen Schafe‘ aus und schützen so die weit überwiegende Zahl der Unternehmen, die sich an die Regeln halten“, so Zypries.

### Künstliche Intelligenz im Anflug

In diesen Bereichen planen Unternehmen den Einsatz künstlicher Intelligenz (in Prozent)



Quelle: Sopra Steria Consulting 2017

## AUF DEM SPRUNG

Der Google-Gründer Sergey Brin gestand auf dem diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos, dass er die Möglichkeiten künstlicher Intelligenz (KI) in der Vergangenheit unterschätzt habe. Seit einigen Jahren forciert Google nun die Entwicklung von selbstlernenden Software. Auch immer mehr Unternehmer wollen KI in den kommenden Jahren einsetzen. Das zeigt eine Studie der IT-Beratungsfirma Sopra Steria. Demnach wollen Firmenchefs durch den Einsatz von KI große Datenmengen besser verarbeiten und Arbeitskosten reduzieren. Jeweils 41 Prozent der 200 befragten Unternehmen geben das an. Bisher setzen Betriebe vor allem in ihren IT-Abteilungen auf schlaue Software. Das soll sich ändern: Künftig ist unter anderem im Bereich der Personalmanagement der Einsatz künstlicher Intelligenz geplant. Insbesondere der Recruiting-Prozess soll mit KI-Technologien beschleunigt werden. So können etwa künstliche Analyseverfahren helfen, weniger geeignete Kandidaten frühzeitig herauszufiltern. Google-CEO Sergey Brin mahnte in Davos übrigens: „Menschen ziehen große Bedeutung aus ihrer täglichen Arbeit.“ Dies sei ein wichtiger Aspekt, den es zu schützen gelte.

Weder Facebooks Sortier-Ranking „Edge“ noch Googles Versuche der individualisierten Ergebnisausgabe kleben die Filterblasen dicht. Die Bubbles sind pure Handarbeit.

**Der Autor, Regisseur und Journalist Mario Sixtus widerspricht der These, dass die Algorithmen von Google, Facebook und Co. für Filterblasen verantwortlich sind. Algorithmen seien bislang schlicht zu dumm, um solch filigrane Filtergebilde herzustellen und würden es auf absehbare Zeit auch bleiben. Vielmehr konstruiere sich jeder NutzerIn seine/ihre eigene Blase. (Quelle: <http://t3n.de>)**

## MIT ONLINE-PETITIONEN POLITIK MACHEN

Das Grundgesetz gesteht allen BürgerInnen das Recht zu, sich mit Bitten oder Beschwerden an Politik und Verwaltung zu wenden. Auf verschiedenen Online-Plattformen können Petitionen im Handumdrehen gestartet werden. Für Gewerkschaften kann sich eine Online-Petition zu politischen Themen lohnen – auch auf regionaler Ebene. SmartUnion stellt ausgewählte Plattformen vor.



### Gemeinnützig und spendenfinanziert

Die freie Online-Petitionsplattform openPetition will seit 2010 politische Beteiligung und digitale Demokratie fördern. Das Anliegen der BetreiberInnen: Bürger sollen aktiv werden, Unterstützer finden und mit politischen Entscheidungsträgern in einen Dialog treten. 2016 wurden drei Millionen Unterschriften für rund 2200 Petitionen geleistet. In 170 Fällen waren die Petenten erfolgreich. openPetition ist eine gemeinnützige GmbH und zu 100 Prozent durch Spenden finanziert. Der Sitz ist in Deutschland. [www.openpetition.de](http://www.openpetition.de)



### Deutsche Plattform mit vielen NutzerInnen

Die deutsche Petitions-Plattform Campact organisiert seit 2004 Kampagnen für eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und friedliche Gesellschaft. Sie wird durch Spenden finanziert. Mit dem Newsletter erreicht die Plattform auf einen Schlag 1,8 Millionen Menschen. Das Motto: Mit Campact entsteht „im Internet ein Netzwerk von Menschen, die sich einmischen, wenn politische Entscheidungen auf der Kippe stehen.“ Der Sitz von Campact ist in Verden (Niedersachsen). [www.campact.de](http://www.campact.de)



### US-Plattform mit weltweiter Reichweite

Die Plattform wurde 2007 in San Francisco gegründet und ist als gemeinnütziges Unternehmen aktiv. Change.org generiert Umsatz durch das Angebot an andere Organisationen, gesponserte Petitionen zu schalten. Werden diese Petitionen gezeichnet und stimmen die Nutzer zudem zu, dass die betreffende Organisation sie künftig direkt kontaktieren darf, erhält Change.org eine Gebühr. Diesen Dienst nutzen etwa Amnesty International und Oxfam. Deutsche Datenschützer haben mehrfach Kritik an change.org geäußert. Die Plattform erreicht rund vier Millionen Menschen in Deutschland. [www.change.org](http://www.change.org)

Tipps und Hinweise, wie man eine Online-Petition startet: [www.dgb.de/einblick/smartunion](http://www.dgb.de/einblick/smartunion)

## STREIKRECHT: VER.DI GEWINNT GEGEN AMAZON

Es ist einer Gewerkschaft nicht grundsätzlich untersagt, Arbeitskampfmaßnahmen auf dem Betriebsgelände des Arbeitgebers durchzuführen.

Der Fall: ver.di will mit einem Arbeitskampf gegen die Amazon Pforzheim GmbH erreichen, dass die Tarifverträge des Einzel- und Versandhandels in Baden-Württemberg zur Anwendung kommen. Sie beabsichtigt, Streikposten auf dem nicht eingefriedeten und zum Betriebsgelände gehörenden gepachteten Parkplatz des Unternehmens aufzustellen, weil nur so eine Kommunikation mit arbeitswilligen Arbeitnehmern effektiv geführt werden könne. Die Unterlassungsklage von Amazon hatte keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Amazon muss eine Einschränkung ihres Besitzrechtes im Hinblick auf die vom Grundgesetz geschützte gewerkschaftliche Betätigungsfreiheit hinnehmen. ver.di kann angesichts der örtlichen Verhältnisse mit der Belegschaft nur auf dem Parkplatz kommunizieren und arbeitswillige Mitarbeiter zur Teilnahme an dem Arbeitskampf auffordern. Die betriebliche Tätigkeit von Amazon wird hierdurch nicht beeinträchtigt; auch muss Amazon keine weiteren Betriebsmittel zur Unterstützung des Arbeitskampfes zur Verfügung stellen.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,  
Urteil vom 29. März 2017 – 24 Sa 979/16

## KÜNDIGUNG: UNZULÄSSIG BEI AUSÜBUNG EINES RECHTS

ArbeitnehmerInnen haben bei Erkrankung eines Kindes einen gesetzlichen Anspruch auf Freistellung von der Arbeit. Bei rechtswidriger Verweigerung durch den Arbeitgeber haben ArbeitnehmerInnen auch das Recht, der Arbeit eigenmächtig fernzubleiben. Reagiert der Arbeitgeber darauf mit einer Kündigung, so stellt dies eine unzulässige Maßregelung dar mit der Folge, dass die Kündigung nichtig ist.

Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz,  
Urteil vom 8. November 2016 – 8 Sa 152/16

## SCHWARZFAHREN: IST HINDERNIS FÜRS LEHRAMT

Der Bewerber auf eine Einstellung als Lehrer kann abgelehnt werden, wenn er wegen Schwarzfahrens und Vorlage eines gefälschten Fahrscheines rechtskräftig verurteilt worden ist. Damit fehlt dem Bewerber die für eine Einstellung als Lehrer erforderliche charakterliche Eignung.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,  
Urteil vom 31. März 2017 – 2 Sa 122/17

## HARTZ IV: EHELEUTE HAFTEN AUCH BEI GÜTERTRENNUNG

Bei Personen, die in einer Bedarfsgemeinschaft leben, sind auch Einkommen und Vermögen des (Ehe-)Partners zu berücksichtigen. Auf den ehelichen Güterstand kommt es dabei nicht an.

Der Fall: Die Frau hatte Hartz-IV-Leistungen beantragt. Ihrem Ehemann gehörte ein Haus. Da dieses zunächst nicht verkauft werden konnte, gewährte das Jobcenter der Frau Hartz-IV-Leistungen als Darlehen. Nachdem ihr Mann das Haus für 85 000 Euro verkauft und zudem Leistungen der Lebensversicherung in Höhe von knapp 180 000 Euro erhalten hatte, forderte das Jobcenter von der Frau das gewährte Hartz-IV-Darlehen in Höhe von rund 4600 Euro zurück. Hiergegen klagte die Frau mit der Begründung, dass sie mit ihrem Ehemann im ehelichen Güterstand der Gütertrennung lebe und ihr deshalb sein Vermögen nicht zugerechnet werden könne. Die Klage war erfolglos.

Das Landessozialgericht: Das Jobcenter kann das Hartz-IV-Darlehen zurückfordern. Der eheliche Güterstand ist für die Beurteilung der Bedarfsgemeinschaft ohne Bedeutung. Bei zusammenlebenden Ehepartnern gilt die Vermutung, dass diese sich wechselseitig unterstützen.

Hessisches Landessozialgericht,  
Urteil vom 30. September 2016 – L 6 AS 373/13

## HARTZ IV: KEIN GELD FÜR TERMINGESCHÄFTE

Ein Empfänger von Hartz-IV-Leistungen hat keinen Anspruch auf Förderung einer Selbstständigkeit, die im erhofften Gewinn aus Börsentermingeschäften besteht. Eine solche Tätigkeit führt weder zur Begründung eines Arbeitsverhältnisses noch zu einem selbstständigen Gewerbebetrieb.

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen:  
Urteil vom 13. Dezember 2016 – L 7 AS 1494/15

## JOBCENTER: KEINE DURCHWAHL

Die Bediensteten von Jobcentern sind von ihren Kunden nicht unmittelbar telefonisch zu erreichen. Anrufe werden jeweils von eigens eingerichteten Service-Centern mit einheitlichen Telefonnummern entgegengenommen. Jobcenter können nicht gezwungen werden, dienstliche Telefonnummer der Bediensteten ohne deren Zustimmung bekannt zu geben. Infolge von direkten Anrufen bei den Bediensteten können auch nachteilige Auswirkungen auf die effiziente und zügige Aufgabenerfüllung der Jobcenter eintreten.

Bundesverwaltungsgericht,  
Urteil vom 20. Oktober 2016 – 7 C 20.15